

Antragsbuch

zum

Außerordentlichen Landesparteitag

in Stadtroda

29. November 2015

Freie Demokraten

Landesverband
Thüringen **FDP**

Bitte bringen Sie das

Antragsbuch mit nach Stadtroda!

Nr. Antrag

Leitantrag: "Der Freistaat als Gründerland" - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss

Antragsteller

Landesvorstand

Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kunst

- 1 Gute Schule braucht Leitung – Schulleiter angemessen eingruppiert, Vakanzen rasch besetzen, rechtskonformes Ausschreibungsverfahren installieren
- 2 „Woche der Ausbildung“ an Gymnasien

Landesvorstand, LFA I Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kunst

Thomas L. Kemmerich
Kreisverband Erfurt
Robert-Martin Montag
Kreisverband Wartburgkreis- Eisenach
Dr. Thomas Nitzsche
Tim Wagner, Gerald Ullrich

Innen, Justiz, Bund, Europa

- 3 Entlastung der Immobilienmakler nach dem Geldwäschegesetz
- 4 Melderechtsgesetz bürokratiearm gestalten - Online-Lösung freischalten

Thomas L. Kemmerich
Kreisverband Erfurt, Gerald Ullrich
Thomas L. Kemmerich
Kreisverband Erfurt
Robert-Martin Montag
Kreisverband Wartburgkreis- Eisenach,
Gerald Ullrich

Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur

- 5 Einmal Grunderwerbsteuerfrei!

Thomas L. Kemmerich
Kreisverband Erfurt, Gerald Ullrich

- 6 Wohnungsbau stärken – Eigentum bilden - Altersarmut bekämpfen.

Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach,
Robert-Martin Montag, Sebastian Bethge

Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales

- 7 Ärztemangel im öffentlichen Gesundheitsdienst beheben.

Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach,
Andreas Brückner, Tim Wagner, Robert-Martin Montag, Marian Koppe, Thomas Kemmerich, LFA IV Gesundheit, Familie, Soziales

Steuern, Finanzen, Haushalt und Kommunales

- 8 Thüringen muss sparen. Der Freistaat braucht eine Verwaltungsreform und keine Gebietsreform

FDP Kreisverband Weimar, Hagen Hultsch

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 6

Leitantrag

Antragsinhalt: Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 **Der Freistaat als Gründerland**
- 2 **Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**
- 3
- 4 **Präambel**
- 5 Erfolgreiche Unternehmen bilden das Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft. Sie geben
6 Menschen Beschäftigung und ein Auskommen, welches wiederum die Grundlage der
7 sozialen Sicherungssysteme bildet. Sie erwirtschaften das Gros der Ressourcen, welche zur
8 Sicherung der sozialen Stabilität unserer Gesellschaft zur Verfügung stehen. Sie sind
9 Garanten technischer aber auch gesellschaftlicher Innovation. Für Politik muss daher gelten:
10 Wirtschaftlich starke Unternehmen sind zwar nicht alles, aber ohne erfolgreiche
11 Unternehmen ist alles nichts.
- 12 Nach nunmehr rund eineinhalb Jahrzehnten zunehmender Globalisierungsdynamik läßt sich
13 folgendes sagen: die unterschiedliche Bedarfsentwicklung zwischen global agierenden
14 Akteuren (Großunternehmen) die - wie große Vermögen auch - sich ideale
15 Investitionsbedingungen projektbezogen und adhoc suchen können und kleinen bzw.
16 mittelständische Unternehmen, deren Erfolg unmittelbar an nationale Rahmenbedingungen
17 geknüpft ist, muss auch eine chancenorientierte Wirtschaftspolitik Rechnung tragen. Gerade
18 auf Landesebene wollen wir Freidemokraten hin zu einem Chancen- und weg von einem
19 Subventionswettbewerb der einzelnen Regionen.
- 20 Die Zielgruppe die wir Liberalen dabei vorrangig in den Blick nehmen wollen, ist die der
21 Unternehmensgründer. Sie sind der wirtschaftliche Nachwuchs, welchem sich mit jeder
22 neuen Idee die Möglichkeit eröffnet, eine Erfolgsgeschichte zu schreiben. Die jungen
23 Unternehmen von heute sind die großen Beschäftigungslokomotiven von morgen.
- 24 Wir Freien Demokraten streiten daher für die bestmöglichen Rahmenbedingungen sodass
25 Ideen, an die heute noch niemand glaubt, die Chance haben die Welt zu verändern.
- 26
- 27 **1. Was muss sich grundlegend ändern?**
- 28 Damit in Deutschland – wie auch im Freistaat – wieder verstärkt Unternehmen gegründet
29 werden können, wollen wir die Rahmenbedingungen für Gründer verbessern. Nicht DAS eine
30 Thema, sondern ein ganzes Maßnahmenbündel entscheidet letztlich darüber, ob ein
31 gründerfreundliches Klima entsteht oder ob viele potentielle Gründer auf den letzten Metern
32 doch noch der Mut verlässt.

Antragsinhalt: **Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

Antragsteller: **Landesvorstand**

33 Wir Freien Demokraten sehen vor allem in den bürokratischen Hürden am Beginn viel
34 Potential es Menschen leichter zu machen Unternehmer zu werden. Gerade hier müssen
35 Gründer bisher viel Zeit in unproduktive Tätigkeiten stecken, die Ihnen beim Aufbau des
36 eigentlichen Unternehmens fehlt. Während etablierte und gewachsenen Unternehmen
37 oftmals über extra personelle Ressourcen verfügen, um lästige Bürokratie noch Beherrschbar
38 zu halten, können Start-Ups hier schon vor ernste Herausforderungen gestellt werden.

39 Beim Start ins Unternehmerleben spielt auch die Finanzierung eine zentrale Rolle. Während
40 andere Länder über eine ausgesprochene Gründerkultur verfügen – und damit auch mit
41 etablierten Risikokapitalkultur – stehen jungen Unternehmen in Deutschland nur wenig
42 Risikokapital zur Verfügung. Es geht nicht darum dass der Staat bzw. das Thüringer
43 Wirtschaftsministerium alleinig Steuermittel zur Verfügung stellt – Mitnahmeeffekte und
44 Marktverzerrung wären die Folge. Aber Akteure an einen Tisch zu bringen und privates
45 Kapital zu ergänzen ist ein wichtiger Schritt, um einer guten Idee ins unternehmerische Leben
46 zu verhelfen.

47 Wir Freien Demokraten treten an, um das gesellschaftliche Klima zu verbessern. Nur wenn
48 wir die Innovationskraft, den Mut und das persönliche Risiko schätzen lernen, dass
49 Menschen eingehen um unternehmerisch tätig zu sein, werden wieder mehr Menschen
50 bereit sein zu gründen und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Zentral dabei
51 für uns ist, dass wir v.a. zu einem anderen Umgang mit persönlichen Fehlschlägen gelangen.
52 Während man andernorts – auch bei einem Scheitern – die Gründer für ihren Mut und die
53 gewonnenen Erfahrungen schätzt, haften ihnen in unserem Land oft ein Makel an. Für uns ist
54 klar, jeder der bereit ist sich in das Abenteuer Gründung zu stürzen hat Respekt verdient und
55 wir wollen ihn mit der freidemokratischen Politik einer Chancenkultur unterstützen.

56

57

2. Was wollen wir konkret ändern?

A. Bürokratischer „Welpenschutz“ für Existenzgründer

59 Um in den ersten Jahren ihrer Existenz das für junge Unternehmen wesentliche in den Blick
60 zu nehmen, bedarf es eines bürokratischen Welpenschutzes für Existenzgründer. Im Jahr der
61 Gründung und in den darauf folgenden drei Jahren müssen gerade gegründete
62 Unternehmen von möglichst vielen Regelungen befreit werden. Die Ausnahmen sollen vor
63 allem für steuerrechtliche Regelungen und ausgewählte arbeitsrechtliche Regeln gelten.

64

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 3 von 6

Leitantrag

Antragsinhalt: **Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

Antragsteller: **Landesvorstand**

65 • **Aussetzen der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge.** Aktuelle müssen
66 Unternehmen die Sozialversicherungsbeiträge ihrer Beschäftigten zweimal im Monat
67 abrechnen: Einmal vorab auf Basis einer Schätzung und ein zweites Mal auf Basis der
68 tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Dies führt zu einem massiven – und für junge
69 Unternehmen – kaum beherrschbaren bürokratischen Aufwand. Wir wollen, dass zukünftig
70 junge Unternehmen nur einmal im Monat die Sozialversicherungsbeiträge abführen müssen.

71 • **Umsatzsteuerpflicht auf halbjährlicher Basis.** Gründer müssen zurzeit mindestens im
72 ersten Jahr die fällige Umsatzsteuer monatlich erklären und abführen. Wir wollen, dass
73 Gründer die Umsatzsteuer höchstens halbjährlich erklären und abführen müssen. Damit
74 würden diese gerade im ersten Jahr der Gründung von einem erheblichen bürokratischen
75 Aufwand entlastet. Zudem erzielen **viele** Gründer im ersten Jahr keinerlei Umsätze
76 (Anlaufphase), sodass die geltende Regelung praxisfern ist.

77 • **Ist-Besteuerung als generelles Erhebungsverfahren.** Ab einem Schwellenwert von
78 500.000 Euro Umsatz müssen Unternehmen die Umsatzsteuer nach dem Soll-
79 Besteuerungsverfahren abführen – ob die erbrachte Leistung vom Kunden bezahlt wurde
80 oder nicht. In der Realität kann dies zu großen Liquiditätsproblemen führen. Beim Ist-
81 Besteuerungsverfahren müssen Unternehmen die Umsatzsteuer auf erbrachte Leistungen
82 erst dann abführen, wenn der Kunde die Leistungen bezahlt hat. Wir Freien Demokraten
83 fordern die generelle Umstellung auf die Ist-Besteuerung – nicht nur für junge Unternehmen.

84 • **Aussetzung arbeitsrechtlicher Schwellenwerte.** Schon heute gelten zahlreiche
85 Ausnahmen vom allgemeinen Kündigungsschutz für Kleinstunternehmen. Der
86 Kündigungsschutz gilt beispielsweise erst ab dem 11. Mitarbeiter. Ab dem 5. Mitarbeiter
87 muss ein Betriebsrat eingerichtet werden, wenn die Beschäftigten dies wünschen. Wir
88 Liberalen fordern die Aussetzung all dieser Schwellenwerte für Start-Ups im Jahr der
89 Gründung und den darauf folgenden zwei Jahren.

90 • **Befreiung der Start-Ups vom Rundfunkbeitrag.** Wir Freien Demokraten wollen, dass
91 Gründer in den ersten drei Jahren vom Rundfunkbeitrag befreit werden

92 **B. Gute Rahmenbedingungen für privates Risikokapital**

93 Junge Unternehmen brauchen Geld. Kaum eine Idee die ohne zusätzliche Investitionen in
94 Forschung und Entwicklung oder Vertrieb auskäme. Daher ist es für junge Unternehmer
95 existenziell auf Risikokapitalgeber zurückgreifen zu können. Wir Freien Demokraten sind
96 der Überzeugung, dass auch ein positives Umfeld für Risikokapitalgeber entscheidend für
97 den Erfolg von Unternehmensgründungen ist.

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 4 von 6

Leitantrag

Antragsinhalt: **Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

Antragsteller: **Landesvorstand**

98 • **Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen aus Streubesitz erhalten.** Derzeit können
99 Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen unter 10 Prozent steuerfrei weiterverwendet
100 werden. Der Bundesrat hat jedoch 2015 eine Initiative gestartet, diese Veräußerungen zu
101 besteuern. Dies wäre ein fatales Signal an die Business Angels wie die Start-Up-Szene
102 insgesamt. Denn käme es zu einer Umsetzung des Entwurfes, würde, dies unmittelbar zu
103 einer Verringerung des Finanzvolumens der Risikokapitalgeber führen und somit weniger
104 privates Kapital für die Unterstützung von Unternehmensgründungen zur Verfügung stehen.
105 Damit wäre manche gute Idee zukünftig vom Markteintritt ausgeschlossen.

106 • **Erleichterung für institutionelle Investoren.** Institutionelle Investoren wie
107 Versicherungen und Pensionsfonds können zurzeit keine als hochriskant geltenden
108 Investitionen in Start-Ups tätigen. Dabei wären gerade Anleger, denen viel Kapital zur
109 Verfügung steht, in der Lage, breit – und mit gestreutem Risiko – in viele Start-Ups zu
110 investieren. Sie könnten so die normierte Risikostreuung für Investitionen auch in noch junge
111 Unternehmen optimal absichern. Zudem bietet gerade eine Zeit die niedrigen Zinsen
112 optimale Voraussetzungen um institutionelle Investoren für Investitionen in junge
113 Unternehmen – und damit in die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland – zu
114 begeistern. Wir Freien Demokraten wollen erreichen, dass zukünftig auch institutionelle
115 Investoren breit in Start-Ups investieren können – mit bis zu fünf Prozent des ihnen zur
116 Verfügung stehenden Kapitals.

117
118 **C. Gründer sind unsere Zukunft – gesellschaftliches Klima für Unternehmertum**
119 **verbessern**

120 Gründer sind die Zukunft unseres wirtschaftlichen Erfolges. Sie schaffen die erfolgreichen
121 Unternehmen von morgen. Die jungen Akteure benötigen dazu einen Raum in dem sie
122 agieren, Erfahrungen sammeln und erfolgreich die eigene Zukunft gestalten können. Dazu
123 müssen nicht nur die normierten Rahmenbedingungen stimmen, sondern es braucht auch
124 ein gesellschaftliches Klima das „Mut macht zum Mut haben“.

125 • **Flächendeckende Einführung eines Schulfaches für Ökonomische Bildung.**
126 Ökonomische Bildung findet zu Zeit in Deutschland an Schulen nicht systematisch und
127 flächendeckend statt. Es gibt in einigen Bundesländern Fächer wie Wirtschaft und Recht (z.B.
128 Bayern und Thüringen) die auch wirtschaftliche Kompetenzen vermitteln sollen. Dies sind
129 zumeist Mischfächer, die nur in wenigen Klassenstufen unterrichtet werden. Die deutsche
130 Bildungskleinstaaterei wirkt sich auch hier negativ aus. Für viele Schüler beschränkt sich die
131 Behandlung wirtschaftlicher Inhalte somit auf wirtschaftsferne Fächer wie Geschichte oder

Antragsinhalt: **Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

Antragsteller: **Landesvorstand**

132 Geografie. Unseren Schülern fehlt somit theoretisches und praktisches Wissen über
133 wirtschaftliche Abläufe, was die spätere Gründungsneigung der deutschen Schüler nicht
134 förderlich ist. Daher wollen wir Freidemokraten die flächendeckende Einführung eines
135 Faches für den Wirtschaftsunterricht an allen weiterführenden Schulen in Deutschland.

136 • **Ergänzung der universitären Curricula.** Auch an den Universitäten spielt das Thema
137 Unternehmensgründung nur eine untergeordnete Rolle – ob als Lehrinhalt, Gründertrainings
138 oder Projekten. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass gerade im universitären Umfeld
139 Ausgründungen erfolgreich sein können. Die High-Tech Gründerszene rund um die
140 Universität und Fachhochschule Jena oder die TU Ilmenau sind Beleg dafür. Zumeist sind dies
141 jedoch Gründungen, die einen jahrelangen Vorlauf in universitären Projekten haben. Ziel
142 muss es jedoch sein um Universitäten ein Gründerumfeld zu schaffen, in dem auch Ideen aus
143 anderen Bereichen als „lediglich“ weitentwickelten Hochschulprojekten ihren Anfang
144 nehmen. Um auch dieses Potential zu heben, sollten praxisorientierte Kurse zum Thema
145 Unternehmensgründungen angeboten werden sowie die Universitäten ihr Angebot an
146 Beratung potentieller Gründer ausbauen.

147

148 **D. Thüringen: Das Grün(d)e(r) Herz Deutschlands**

149 Unternehmensgründungen finden nicht irgendwo statt, sondern stets an konkreten
150 Standorten. Wir Freidemokraten wollen das Gründerklima nicht zuletzt im Freistaat
151 selbst verbessern. In der Praxis bilden sich Regionen heraus, die Unternehmensgründer
152 besonders anziehen und so eine überdurchschnittliche Gründerrate haben (z.B. Berlin)
153 Die Attraktivität einer Region hängt nicht zuletzt von vielen Faktoren ab.

154 • **Clustermanagement im Freistaat.** Stadtverwaltungen und lokale Politik können über
155 verschiedene Stellschrauben versuchen die Attraktivität ihrer Region für Unternehmen zu
156 erhöhen. Dies kann zum Beispiel über die Einrichtung eines zentralen Ansprechpartners für
157 Gründer erfolgen, der die Bedürfnisse, Kultur und Sprache seiner Zielgruppe versteht. Ob
158 eine Stadt oder Region zu einem Gründungszentrum wird, hängt in jedem Falle auch vom
159 Engagement vor Ort ab. Wir Freien Demokraten wollen die Landkreise, Städte und
160 Kommunen durch eine zentrale Gründerstelle unterstützen, weiterbilden und Hilfe zur
161 Selbsthilfe leisten.

162 • **Optimierung der Prozesse zur Unternehmensgründung.** Die Dauer für die Gründung
163 eines Unternehmens ist in einzelnen Bundesländern höchst unterschiedlich. Das Institut für
164 Mittelstandsförderung gibt als Spitzenreiter von 4,25 Arbeitstagen (Bremen und
165 Mecklenburg-Vorpommern) an. Thüringen liegt mit 7,75 Arbeitstagen deutlich darüber.

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 6 von 6

Leitantrag

Antragsinhalt: **Der Freistaat als Gründerland - Wie Thüringen seine wirtschaftliche Zukunft sichern muss**

Antragsteller: **Landesvorstand**

166 Hauptursache ist die steuerliche Anmeldung beim Finanzamt. Hier unterscheiden sich die
167 einzelnen Bundesländer stark. Die Verfahrensdauer liegt in der Entscheidungs- und
168 Verbesserungskompetenz des Landes. Wir Freien Demokraten streben hier eine
169 Prozessverbesserung an, sodass Thüringen rasch zu den schnellsten Verfahrensländern
170 aufschließen kann.

171 • **Faire Chancen auf öffentliche Aufträge:** Wirtschaftspolitik mit Gründergeist bedeutet
172 auch Existenzgründern eine faire Chancen auf öffentliche Aufträge einzuräumen. Wir Freien
173 Demokraten stehen dafür, dass stets nur die *erforderlichen* Ausschreibungsbedingungen
174 festgesetzt werden - und *nicht die höchst denkbaren*. Wer beispielsweise in den
175 Ausschreibungsunterlagen fordert, dass Bieter ein Vielfaches der ausgeschriebenen
176 Auftragssumme an Jahresumsatz nachweisen müssen, wer Versicherungssummen fordert,
177 die die Auftragssumme und ggf. absehbare Schäden übersteigen, wer Mitarbeiterzahlen
178 fordert, die weit über dem für den Auftrag erforderlichen Rahmen liegen, schließt ohne Not
179 Unternehmen vom Wettbewerb aus.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 1

Antragsinhalt: **Gute Schule braucht Leitung –
Schulleiter angemessen eingruppieren, Vakanzen rasch besetzen,
rechtskonformes Ausschreibungsverfahren installieren**

Antragsteller: **Landesvorstand, LFA I Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kunst**
Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Thüringen fordern die Landesregierung auf, ohne weiteren Verzug
- 2 ➤ dafür zu sorgen, dass Lehrkräfte, die als Schulleiter amtieren (hier und im Folgenden
- 3 analog immer auch für stellvertretende Schulleiter), sofort mit Übernahme der
- 4 Funktion auch die ihr entsprechende Vergütung erhalten,
- 5 ➤ den aufgelaufenen Stau bei der Besetzung von vakanten Schulleiterstellen
- 6 abzubauen,
- 7 ➤ zu erheben, welche Schulleiterstellen in den nächsten fünf Jahren aus Altersgründen
- 8 neu zu besetzen sein werden,
- 9 ➤ ein rechtskonformes Ausschreibungsverfahren für neu zu besetzende
- 10 Schulleiterstellen zu installieren.

Begründung:

Seit Jahren gibt es in Thüringen etwa 150 unbesetzte Schulleiterstellen, die nun bereits zum zweiten Mal ausgeschrieben werden mussten. Die dort amtierenden Lehrkräfte werden nicht entsprechend ihrer Aufgabe bezahlt. Das Land spart auf Kosten dieser Kollegen, das ist unredlich. Für ein leistungsgerechtes Entgelt müssen Lehrkräfte, die die Aufgabe des Schulleiters amtierend wahrnehmen, eine Funktionszulage erhalten, die sie im Besoldungsniveau dem Schulleiter gleichstellt. Die Zulage soll zeitlich begrenzt und solange gezahlt werden, wie der Betreffende die Funktion ausübt. Neubestellte Schulleiter müssen umgehend in die entsprechende Besoldungsgruppe befördert werden, um der Bedeutung der Leitungsfunktion dem Rang und der Vergütung nach gerecht zu werden.

Das zuletzt vorgegebene Ausschreibungsverfahren zur Besetzung von Schulleiterstellen ist rechtswidrig, weil u.a. geregelt ist, dass sich nur Personen bewerben dürfen, die bereits in A15 (Studiendirektor) eingruppiert sind. Andere geeignete Bewerber werden so vom Verfahren ausgeschlossen. Zulässig wäre eine Auswahl der Bewerber nach Qualifikation, etwa dokumentiert durch Hochschulabschluss oder Teilnahme an Lehrgängen für Schulleitungspersonal, nicht aber eine Auswahl nach Besoldungsstufe, die nur auf einer bereits erfolgten Beförderung beruht. Es ist unverzüglich ein rechtskonformes Ausschreibungsverfahren zu installieren.

Auf dessen Grundlage ist schnellstmöglich eine Besetzung aller vakanten Schulleiterstellen vorzunehmen. Gute Schule braucht einen starken Schulleiter mit einem klaren Konzept von der gelingenden Zukunft seines Hauses. Ein amtierender Schulleiter ohne sichere mittel- bis

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 1

Antragsinhalt: **Gute Schule braucht Leitung –
Schulleiter angemessen eingruppiert, Vakanzen rasch besetzen,
rechtskonformes Ausschreibungsverfahren installieren**

Antragsteller: **Landesvorstand, LFA I Bildung, Wissenschaft, Hochschule, Kunst**

Der Landesparteitag möge beschließen:

langfristige Perspektive wird in Schul- und Konzeptentwicklung wenig Kraft investieren. Die ministerielle Hinhaltenaktik bei der (Wieder-)Besetzung von Schulleiterstellen ist inakzeptabel.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 2

Antragsinhalt: „Woche der Ausbildung“ an Gymnasien
Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Kreisverband Erfurt,
Robert-Martin Montag, Kreisverband Wartburgkreis- Eisenach,
Dr. Thomas Nitzsche, Tim Wagner, Gerald Ullrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Nach den Freien Demokraten soll in den Klassenstufen neun bis elf je mindestens eine
- 2 Woche Praktikum in einem Unternehmen - als „Woche der Ausbildung“ - zum Lehrplan
- 3 gehören.

Begründung:

Bezugnehmend auf die derzeitige Ausbildungssituation in Thüringen fordern die Freien Demokraten, eine sogenannte „Woche der Ausbildung“ in den Thüringer Lehrplan für Gymnasien zu integrieren. Die Thüringer Betriebe können so frühzeitig potenzielle Mitarbeiter für ihre Unternehmen gewinnen. Aber auch die Schulen sollten sich ein Netzwerk mit kooperierenden Unternehmen schaffen, um ihren Schülern zielgenauere und erfolgversprechendere Angebote zur Berufsorientierung machen zu können. Die FDP sieht zudem in den immer wieder in Zusammenarbeit mit den Kammern angebotenen Betriebspraktika für Lehrer ein wertvolles Instrument, das leider zu wenig in Anspruch genommen wird. Lehrer erhalten dabei einen Einblick in den Arbeitsalltag der Betriebe.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 3

Antragsinhalt: Entlastung der Immobilienmakler nach dem Geldwäschegesetz

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Kreisverband Erfurt, Gerald Ullrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten fordern, dass das Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus
- 2 schweren Straftaten (Geldwäschegesetz-GwG) dahingehend geändert wird, dass die
- 3 Dokumentationspflichten gem. § 2 Nr. 10 GwG für die verpflichteten Immobilienmakler
- 4 deutlich reduziert werden.

Begründung:

Nach dem Widerrufsrecht und Geldwäschegesetz müssen Makler die Ausweise ihrer Kunden vor der Besichtigung einer Wohnung und sogar vor dem Zuschicken eines Exposés kontrollieren. Das verunsichert nach Ansicht der Freien Demokraten Kunden und schreckt viele Interessenten ab. Zumal es einfach unverständlich ist, warum man nicht einfach ein Exposé verschicken kann.

Im Zuge der Umsetzung der vierten EU-Geldwäscherichtlinie (2015) in nationales Recht sind hierzu die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Kunden von Immobilienmaklern, die ebenfalls Kunden bei einem Kredit- oder Finanzinstitut im Sinne der Richtlinie 2005/60/EG mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder mit Sitz in einem gleichwertigen Drittstaat sind, wurden bereits von diesen Kredit- oder Finanzinstituten überprüft und werden von diesen auch laufend überwacht. Vor diesem Hintergrund ist die Notwendigkeit einer nochmaligen intensiven Überprüfung durch den Immobilienmakler, der mit ihnen ein Geschäft abschließen will, nicht erkennbar.

Die EU-Richtlinie 2005/60/EG vom 26.10.2005 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung berücksichtigt nicht ausreichend die Besonderheiten des Deutschen Maklerrechts. Denn im Unterschied zu vielen anderen EU-Ländern fehlen in Deutschland den Immobilienmaklern wichtige gesetzliche Legimitationen sowie eine Honorar- und Gebührenordnung, um entsprechend der EU-Richtlinie handeln und abrechnen zu können. Insbesondere Einzelunternehmen und mittelständische Maklerunternehmen werden derzeit durch das GwG mit erheblichem bürokratischen Aufwand und Kosten belastet.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 4

Antragsinhalt:	Melderechtgesetz bürokratiearm gestalten - Online-Lösung freischalten
Antragsteller:	Thomas L. Kemmerich, Kreisverband Erfurt, Robert-Martin Montag, Kreisverband Wartburgkreis- Eisenach, Gerald Ullrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die neue Wohnungsan- und Abmeldung - basierend auf dem geänderten Melderechtgesetz
- 2 zum 01. November 2015 - soll um eine Online-Lösung erweitert werden. Wenn das nicht
- 3 möglich ist, soll das neue Gesetz ausgesetzt werden, bis eine clevere Lösung zum einfachen
- 4 Gebrauch gefunden ist.

Begründung:

Seit 01. November 2015 müssen die Vermieter ihrem Mieter künftig beim Ein- und Auszug eine Bescheinigung ausstellen. Wer das nicht schnell genug tut, soll ein Bußgeld bis zu 50.000 Euro zahlen. Die Änderungen im neuen Melderechtsgesetz erfordern Korrekturen: Wenn schon so eine Hürde wiedereingeführt wird, muss es dafür clevere Lösungen zum einfacheren Gebrauch geben. Beispielsweise sollte die Meldung online erfolgen können. Zudem sollte die Bescheinigung für den Mieter ohne zu großes bürokratische Prozedere erfolgen, indem die Vorlage des neuen Mietvertrages ausreicht. Wenn das nicht geht, muss das Gesetz ausgesetzt werden. Wohlwissend, dass das Gesetz 2012 unter der damaligen schwarz-gelben Regierung verabschiedet wurde, ist Kritik an dem neuen Gesetz angebracht.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 5

Antragsinhalt: Einmal Grunderwerbsteuerfrei!

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Kreisverband Erfurt, Gerald Ullrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Um den Aufbau von privatem Vermögen zu verstärken, sollte jeder Erwachsene Thüringer
- 2 beim Kauf einer Immobilie einmalig von der Grunderwerbsteuer befreit werden.

Begründung:

Die rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung plant eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab 2017 auf 6,5 Prozent. Der Freistaat würde mit 6,5 Prozent bundesweit den höchsten Wert neben Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und dem Saarland ausweisen. Letztmalig wurde im Jahr 2011 in Thüringen die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5 Prozent erhöht. Ein weiterer Anstieg käme einer annähernden Verdoppelung innerhalb weniger Jahre gleich.

Rot-Grüne Regierungen haben die Abgabenlast für junge Familien und Wohnungsunternehmen in den vergangenen Jahren nahezu verdoppelt. Statt den Landeshaushalt durch sparsames Wirtschaften in den Griff zu bekommen, bürden SPD und Grüne den Bürgern lieber neue Belastungen auf. Die Mehrkosten der Grunderwerbsteuer treffen jedermann. Besonders verheerend sind jedoch die Auswirkungen für junge Familien, die in der nächsten Zeit ihre eigenen vier Wände errichten wollten. Seit 2006 können die Länder den Steuersatz bestimmen, nur Bayern und Sachsen haben ihn noch nicht erhöht und verharren bei 3,5 Prozent. Daran sollten sich die rot-grünen Landesregierungen ein Beispiel nehmen.

Um den Aufbau von privatem Vermögen zu verstärken, sollte nach Ansicht der Freien Demokraten jeder Erwachsene Thüringer beim Kauf einer Immobilie einmalig von der Grunderwerbsteuer befreit werden. Das bringt dem Freistaat darüber hinaus weitere Standortvorteile, da viele Menschen für die Heimkehr nach Thüringen motiviert werden. Der Verzicht auf die Einnahmen der Grunderwerbsteuer wird sich auszahlen!

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 7

Antragsinhalt: **Ärztmangel im öffentlichen Gesundheitsdienst beheben.**
Antragsteller: **Kreisverband Wartburgkreis-Eisenach, Andreas Brückner,
Tim Wagner, Robert-Martin Montag, Marian Koppe,
Thomas Kemmerich, LFA IV Gesundheit, Familie, Soziales**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP-Thüringen fordert das Land auf, gemeinsam mit der kassenärztlichen Vereinigung
- 2 Thüringen und der Landesärztekammer Thüringen einen Rahmenvertrag zu verhandeln,
- 3 wonach niedergelassene Ärzte amtsärztliche Tätigkeiten am Patienten (z.B.
- 4 Schuleingangsuntersuchungen) übernehmen und so die Gesundheitsämter angesichts der
- 5 angespannten Personalsituation von begutachtender Tätigkeit entlasten können.

Begründung:

In Thüringen gibt es aktuell 77 ärztliche Stellen und 21 zahnärztliche Stellen, die das Rückgrat des öffentlichen Gesundheitsdienstes bilden. Diese sogenannten „Amtsärzte“ haben an dabei einen breiten Pool an v.a. auch administrativen Aufgaben zu erledigen.

In den nächsten zehn Jahren gehen nach Prognosen des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie mindestens 31 in Vollzeit beschäftigte Mediziner im öffentlichen Dienst in den Ruhestand. Derzeit sind unter anderem in den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt und im Altenburger Land Arztstellen in den Gesundheitsämtern ausgeschrieben.

Die bisher geplante Anpassung der Bezüge der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst an die Vergütung der Ärzte im Klinikbetrieb reicht nicht aus, um die strukturellen Nachteile der ärztlichen Tätigkeit im ÖGD zu beseitigen, sodass der Mangel an Amtsmedizinern bestehen bleiben und sich in Zukunft noch weiter verschärfen dürfte. Hintergrund für die Gehaltsunterschiede – Ärztevertreter sprechen von bis zu 1000 Euro monatlich – sind unterschiedliche Tarifregelungen. Für Klinikärzte gilt der von der Ärztegewerkschaft Marburger Bund ausgehandelte eigenständige Tarifvertrag, Mediziner in Gesundheitsämtern werden nach dem Flächentarif des öffentlichen Dienstes bezahlt.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 8

Antragsinhalt: Thüringen muss sparen. Der Freistaat braucht eine
Verwaltungsreform und keine Gebietsreform

Antragsteller: FDP Kreisverband Weimar, Hagen Hultsch

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesvorstand wird beauftragt die Landesregierung aufzufordern, sich anstelle einer
- 2 Gebietsreform für eine Verwaltungsreform einzusetzen.

Begründung:

Thüringen muss sparen. Um dieses Ziel zu erreichen bedarf es auch einer Verwaltungsreform jedoch keiner Gebietsreform, deren Kosten aktuell nicht einzuschätzen sind und deren Ein-sparpotential vielfach völlig überschätzt wird.

Bisher werden staatliche Aufgaben in Auftragsverwaltung für das Land durch Kreise, kreisfreie Städte und Gemeinden wahrgenommen. Diese Art der Auftragsverwaltung durch die genannten Gebietskörperschaften ist zu beenden. Sie ist in den meisten Fällen ineffektiv in allen Fällen aber viel zu teuer. Wir sehen Einsparpotential in der Bündelung von staatlichen Aufgaben und nicht in der Zerschlagung von Kreisen, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften. Der Grad der Bündelung ist der Notwendigkeit der Fachkompetenz anzupassen. Ziel muss aber die Rücknahme der originären staatlichen Aufgaben bleiben.

Selbst die Befürworter von Großkreisen und der Zerschlagung von Gemeinden sehen das Ein-sparpotential im Abbau von Verwaltungen.

Gerade im Hinblick auf Bürgernähe sind die Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden sowie die Verwaltungsgemeinschaften selbst zu erhalten. In ihrer Zerschlagung liegt das Einsparpotential eben nicht. Sie sind aber für die kommunale Selbstverwaltung, für Bürgernähe, Zivil-gesellschaft und bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Bürgernähe motiviert zur Selbstverwaltung.

Weitere Begründungen erfolgen mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**Außerordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen
am 29. November 2015 in Stadtroda**

Seite 1 von 1

Änderungsantrag zu Antrag-Nr: _____

Antragsteller: _____

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Änderung Zeile:

2

3

4

5 Begründung:

6 Hier ist Platz für eine Begründung – sonst: Erfolgt mündlich

7

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: